



Was ist ein Rechtsgutachten des Internationalen Gerichtshofs («Advisory Opinion»)?

Der Internationale Gerichtshof (IGH) ist das Hauptrechtsprechungsorgan der Vereinten Nationen. Er kann nicht nur in Streitfällen zwischen Staaten urteilen, sondern auch Gutachten über Fragen des internationalen Rechts abgeben.

Was ist der Sinn und Zweck eines Rechtsgutachtens des IGH?

- Das Ziel eines Gutachtens ist die Klärung konkreter völkerrechtlicher Fragen, die dem IGH unterbreitet werden.
- Der IGH klärt dabei die Anwendung und Auslegung des internationalen Rechts hinsichtlich dieser Fragen.
- Der IGH informiert damit das anfordernde Organ und die internationale Gemeinschaft über den Stand des Völkerrechts zu einer bestimmten Fragestellung.
- Die Gutachten sind somit ein wichtiges Element der friedlichen Streitbeilegung.

Wer kann ein Rechtsgutachten einfordern?

- Die UNO-Generalversammlung und der UNO-Sicherheitsrat können für jede offene Frage des Völkerrechts ein Gutachten des IGH verlangen.
- Andere UNO-Organen oder Sonderorganisationen können ein Gutachten verlangen, sofern sie dazu ermächtigt sind und die Frage in ihren Tätigkeitsbereich fällt.
- Staaten und Individuen sind nicht ermächtigt, für ein Gutachten an den IGH zu gelangen.

Welche Fragen können dem IGH für ein Gutachten unterbreitet werden?

- Bei der vorgelegten Frage muss es sich um eine Frage handeln, welche das Völkerrecht betrifft. Die Tatsache, dass eine Frage auch eine politische Tragweite hat, beeinflusst ihren Charakter als Rechtsfrage nicht.

Was sind Wirkungen und Folgen eines Rechtsgutachtens?

- Gutachten des IGH sind nicht rechtlich verbindlich. Sie geben jedoch den aktuellen Stand des Völkerrechts sowie dessen Auslegung wieder. Die Staaten sind somit nicht direkt an das Gutachten, aber an das darin ausgelegte Völkerrecht gebunden.
- Damit tragen die Rechtsgutachten zur Weiterentwicklung des Völkerrechts bei.
- Das Organ, welches die Rechtsfrage dem IGH unterbreitet hat, bleibt in der Entscheidung, ob und wie sie einem Rechtsgutachten Wirkung verleihen möchte, frei. So kann das anfordernde Organ unter anderem eine Resolution zur Umsetzung des Gutachtens erlassen. So hat beispielsweise nach dem Rechtsgutachten zur israelischen Mauer die UNO-Generalversammlung eine Resolution verabschiedet, in welcher sie Israel und alle UNO-Mitgliedsstaaten aufforderte, ihren Verpflichtungen, wie im Gutachten dargelegt, nachzukommen.

Wie sieht das Verfahren aus und können sich die Staaten beteiligen?

- Staaten und internationale Organisationen, welche dem IGH Informationen oder Ansichten zur vorliegenden Rechtsfrage unterbreiten möchten, können am Gutachtensverfahren teilnehmen. Sie können schriftlich oder mündlich, im Rahmen von Anhörungen, zur Sache Stellung nehmen.

Beteiligt sich die Schweiz an Rechtsgutachten-Verfahren?

- Die Schweiz beteiligt sich an Verfahren, wenn der Entscheid ihre Interessen betrifft, sie aus rechtlicher Sicht einen besonderen Beitrag leisten kann und wenn sie mit ihrer Stellungnahme die Entscheidungsfindung in ihrem Interesse unterstützen kann.
- Im Verfahren zum Gutachten zu den rechtlichen Folgen der Politik und den Praktiken Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten, einschliesslich Ost-Jerusalem (2024), hat sich die Schweiz sowohl mit einer schriftlichen Stellungnahme, wie auch mit einem Plädoyer beteiligt.

- Die Schweiz nimmt ebenfalls am Gutachtensverfahren zu den Verpflichtungen der Staaten in Bezug auf den Klimawandel (2024) teil.
- In früheren Verfahren hat sich die Schweiz zur Zusammensetzung des Maritime Safety Committee (MSC, 1960), zur Rechtmässigkeit des Baus der israelischen Sperrmauer (2004), sowie zur Rechtmässigkeit der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung (2010) eingebracht.

Was waren wichtige Fälle von Rechtsgutachten des IGH?

- Fragen, welche der IGH in Gutachten behandelt hat, sind beispielsweise, die Rechtmässigkeit der Verwendung von Atombomben (1996), die Rechtmässigkeit des Baus der israelischen Sperrmauer (2004), die Rechtmässigkeit der kosovarischen Unabhängigkeitserklärung (2010), oder die rechtlichen Folgen der Abtrennung des Chagos-Archipels von Mauritius im Jahr 1965 (2017).